

Putins Haftbefehl

Putin wird voraussichtlich im August zum Brics-Gipfel (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) nach Südafrika reisen. Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor erklärte, dass die Regierung den vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) ausgestellten Haftbefehl gegen den Wladimir Putin erörtern muss, bevor sie irgendwelche Maßnahmen in Erwägung zieht. Als Unterzeichner des „Rome Statute“ ist Südafrika rechtlich verpflichtet, Putin festzunehmen und vor Gericht zu stellen. 23.03.

„Wanderer für die afrikanische Einheit“

Eine kleine Gruppe von Aktivisten ist von Malis Hauptstadt Bamako nach Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou gelaufen (860 km), um ihre Unterstützung für eine Föderation zwischen Mali und Burkina Faso zu bekunden. Die Gruppe, die sich selbst "Die Wanderer für die afrikanische Einheit" nennt, trug die Flaggen beider Länder und der Afrikanischen Union. Die Premierminister von Mali und Burkina Faso haben angekündigt, dass sie die Idee einer Föderation prüfen werden. 22.03.2023

Kenia: Tag gewaltsamer Proteste

Nach Angaben der kenianischen Polizei wurden am Montag bei Protesten gegen die Regierung unter Führung des Oppositionsführers Raila Odinga ein Student getötet, 31 Beamte verletzt und 238 Personen festgenommen. Die Demonstranten waren am Montag in Nairobi und anderen Teilen Kenias einem Aufruf des Oppositionsführers Raila Odinga zu einem Aktionstag gegen die Regierung von Präsident William Ruto gefolgt. Odinga hat dazu aufgerufen, jeden Montag in Kenia zu protestieren und zu streiken. Die Inflation lag im Februar bei 9,2 % , während der Schilling mit einem Kurs von rund 130 zum US-\$ ein Rekordtief aufweist.

Zahl der Anschläge im Osten der DR Kongo steigt

Die Gemeindemiliz CODECO (Cooperative for the Development of Congo), die behauptet, den Stamm der Lendu gegen den Stamm der Hema zu schützen, wird beschuldigt, am frühen Samstagmorgen 5 Dörfer im Gebiet von Mahagi angegriffen, Bewohner getötet, Vieh gestohlen, Häuser geplündert und angezündet zu haben; mehr als 30 Menschen darunter viele Frauen und Kinder sind ums Leben gekommen. In der Nachbarprovinz Nord-Kivu bekannten sich Rebellen der Alliierte Demokratische Kräfte zu einem Anschlag auf das Dorf Nguli im Gebiet Lubero und einen Anschlag am 8.03. rund 50 Menschen wurden getötet.

Uganda: Identifizierung als LGBTIQA+ strafbar

Das ugandische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das die Identifizierung als LGBTIQA+ unter Strafe stellt und den Behörden weitreichende Befugnisse einräumt, um gegen Ugander vorzugehen. Das neue Gesetz scheint das erste zu sein, das die bloße Identifizierung als lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell, queer/zweifelnd, asexuell und mehr (LGBTIQA+) verbietet. Mehr als 30 afrikanische Länder, darunter auch Uganda, verbieten bereits gleichgeschlechtliche Beziehungen. 21.03.23

Somalia: Dürre kostet tausende Menschenleben

Laut UNO-Berichten können im vergangenen Jahr nach mehreren gescheiterten Regenzeiten rund

43.000 Menschen gestorben sein, etwa die Hälfte davon Kinder unter fünf Jahren. Die Krise ist noch nicht vorbei; es sterben immer noch Tausende. Im Jahr 2011 tötete die Hungersnot in Somalia über eine Viertelmillion Menschen. Etwa 2,6 Milliarden US \$ würden, so die WHO, für die Reaktion auf die Dürre gebraucht, doch weniger als 15% sind bisher eingegangen. Weitere Probleme sind: der Tod von vielen Nutztieren, steigende Lebensmittelkosten, politische Instabilität und unzählige terroristische Anschläge der Al-Shabaab. Letztere erschweren die Bemühungen, die verzweifelten Gemeinschaften zu erreichen. Die Krise könnte auch durch den Ukraine Krieg an den Rand gedrängt worden sein. 21.03.2023

Nigeria: Keine "unnötigen" Reisen gewarnt

Die chinesische Botschaft in Lagos, Nigeria, hat ihren Staatsangehörigen angesichts von Berichten über Entführungen und Angriffe auf chinesische Staatsangehörige und deren Unternehmen geraten, Reisen in den Bundesstaat Kogi in der North Central Region zu vermeiden. Die Botschaft riet ihren Bürgern auch davon ab, sich nachts oder allein zu bewegen. Schätzungen zufolge leben zwischen 40 000 und 100 000 chinesische Staatsangehörige in Nigeria. 20.03.23

Zentralafrika: Präsident Xi "harte Bestrafung"

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat am Montag die Behörden der Zentralafrikanischen Republik aufgefordert, die Mörder von 9 chinesischen Staatsangehörigen bei einem Angriff auf eine Mine "streng zu bestrafen". Xi hat wichtige Anweisungen gegeben und verlangt, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um die Verwundeten zu behandeln, die Nachwirkungen rechtzeitig zu bewältigen, die Täter in Übereinstimmung mit dem Gesetz streng zu bestrafen und die Sicherheit der chinesischen Bürger zu gewährleisten. Die chinesische Botschaft hat ihre Bürger aufgefordert, Reisen außerhalb der Hauptstadt Bangui zu vermeiden. In den letzten Monaten gab es mehrere Angriffe auf chinesische Staatsangehörige im Ausland, die Botschaften veranlassten, Warnungen auszusprechen und Evakuierungen durchzuführen.

Simbabwe: Illegaler Bergbau zerstört Stadt

Kwekwe, 1898 gegründet, liegt auf einigen der reichsten Goldvorkommen; wegen illegalen Bergbaues zerfallen Gebäude und sinken Straßen ab. 17 Schüler wurden beim Einsturz eines Klassen-zimmers verletzt.

Sambia hilft Malawi

Die sambische Regierung hat zwei Flugzeuge zur Verfügung gestellt, um bei der Rettung und Verteilung von Hilfsgütern für die Opfer des Tropensturms Freddy in Malawi zu helfen. Die Flugzeuge werden in schwer zugänglichen Gebieten im Süden des Landes in Mulanje, Phalombe und Nsanje eingesetzt, wo viele Menschen eingeschlossen sind. Die Zahl der Todesopfer des verheerenden Sturms stieg am Donnerstag auf 326, mehr als 200 weitere wurden von den Behörden als vermisst gemeldet. 17.03.2023

Weitere Info: <https://www.netzwerkafrika.de/>

Nigeria: Von Pastorin zur First Lady

DRC: Rückzug von Tutsi-geführten M23-Rebellen

Südafrika: Proteste trotz Sicherheitsvorkehrungen